

Landesmedienkonferenz CORONAVIRUS

Redigierte Live-Mitschrift

16.04.2020

Organisiert durch:

ÖSDV – Österreichischer SchriftdolmetscherInnen-Verband



Erstellt von: Caroline Zwanzleitner, Cornelia Dörner

Der vorliegende Text ist die redigierte Version der Live-Mitschrift, und ist als das Ergebnis einer flüchtigen mündlichen Darbietung zu verstehen, bei der die Schriftdolmetscher/in/nen nur stark eingeschränkte Möglichkeit der Korrektur hat/haben. Für Vollständigkeit und Richtigkeit kann daher keine Garantie übernommen werden.

Trotz des Korrekturdurchlaufs können Mitschriften Fehler enthalten, sei es durch Fehler der Sprechenden oder durch Fehler der Dolmetschenden. Darüber hinaus können Passagen, die in der Live-Situation verständlich waren, in Schriftform ohne Kontext wie Mimik, Gestik oder Präsentationsfolien unverständlich werden.

Bemerkungen und Nebengeräusche, die sich nicht direkt auf die Veranstaltung beziehen, werden in der Live-Situation angeführt, in der Mitschrift aber entfernt, außer der/die Sprecherin bezieht sich auf diese. Die vorliegende Mitschrift ist urheberrechtlich geschützt und als solche nur für den internen Gebrauch bestimmt. © 2020 Zwanzleitner, Dörner

Landesmedienkonferenz Coronavirus – 16.04.2020

(Hr. Steinegger) Willkommen im Pressesaal Landhaus I in Bozen. Wie kann Südtirol die Folgen des neuartigen Virus möglichst gut meistern? Mit dieser Frage hat sich gestern sowohl der Südtiroler Landtag befasst als auch gleich zweimal die Südtiroler Landesregierung. Was gestern entschieden wurde, wie es nun weitergeht und über weitere aktuelle Daten rund um das Coronavirus berichtet uns heute Landeshauptmann Arno Kompatscher.

Zum zweiten Mal übertragen wir auch heute im neuen Format: Zuerst vollständig in deutscher Sprache und danach übernimmt dann mein Kollege Franco Grigoletto hier das Podium und es erfolgt die Pressekonferenz in italienischer Sprache. Bitte sehr, Herr Landeshauptmann!

(LH Kompatscher) Einen schönen guten Nachmittag auch meinerseits. Es ist für mich heute eine Möglichkeit, auch nochmals zu erklären, warum gestern die Pressekonferenz ausgefallen ist. Es waren doch einige Bürgerinnen und Bürger, die entweder vor den Radiogeräten, vor dem Bildschirm am Computer oder auch dem Smartphone oder vielleicht auch vor den Fernsehgeräten vergebens gewartet haben. Es fand gestern eine außerordentliche Sitzung des Südtiroler Landtages statt.

In dieser außerordentlichen Sitzung ist das Gesetz für die Unterstützungsmaßnahmen für die Geschädigten im Bereich unter Corona verabschiedet worden. Es ist für mich die Gelegenheit, mich bei den Kolleginnen und Kollegen, den Abgeordneten zum Südtiroler Landtag, zu bedanken. Es war gestern eine sehr konstruktive Sitzung. Es gab doch eine umfangreiche Debatte, durchaus auch mit kritischen Zwischentönen. Im Großen und Ganzen gab es doch eine sehr konstruktive Arbeitsweise.

Am Ende gab es eine Genehmigung des Gesetzes mit überwältigender Mehrheit. Beinahe einstimmig - es gab nur eine Stimmenthaltung, alle anderen Abgeordneten haben sich für die Annahme dieses Landesgesetz ausgesprochen. Dieses Landesgesetz stellt Mittel in Höhe von einer halben Milliarde Euro zur Verfügung, das ist sehr viel. Das ist die erste große Tranche. Damit werden die Maßnahmen finanziert, die wir gemeinsam mit den Banken auf den Weg gebracht haben.

Es geht um Bürgschaften, Unterstützungsleistungen, Übernahme von Zinsen. Damit werden auch jene Maßnahmen finanziert, die für die sozial Schwächeren gestaltet worden sind. Ob das Mietbeihilfen sind, finanzielle Sozialhilfe, ob das sonstige Formen von Unterstützungen sind Menschen in spezifischen Situationen, Menschen mit Beeinträchtigungen und vieles andere

mehr. Es geht auch um die Maßnahmen für die Stundungen, die wir vorgenommen haben, wo nichts an das Land zu zahlen ist.

Das sind weniger Einnahmen für das Land, somit müssen die Ausgaben anderweitig gedeckt werden – eben mit diesen Mitteln. Es geht auch um die Kapitalbeiträge, die an die kleinen Unternehmen ausbezahlt werden aufgrund der Bestimmungen in diesem Gesetz. Anschließend an die gestrige Landtagssitzung hatten wir eine außerordentliche Sitzung der Landesregierung, um sofort aufgrund dieses neuen Gesetzes auch die Kriterien für die Beitragsvergabe zu genehmigen.

Mit der Veröffentlichung des Gesetzes morgen tritt beides in Kraft, sowohl das Gesetz und die Kriterien. Dann können wir nächste Woche die Umsetzung des Gesetzes sowie die Auszahlung der Beiträge in die Wege leiten. Alles wird digital abgewickelt. Das ist derzeit der privilegierte Weg für alle unsere Tätigkeiten. Das ermöglicht uns, dieses Verfahren sehr schnell abzuwickeln. Für die Unternehmen ist dann sichergestellt, dass das alles automatisiert erfolgt. Aufgrund der von den Unternehmen abgegebenen Eigenerklärung erfolgt auch die Beitragsauszahlung.

Die Kontrolle findet dann im Nachhinein statt. Ich darf an dieser Stelle nochmals auf die eigene Internetseite verweisen: "Neustart Südtirol". Dort sind alle Maßnahmen aufgeführt, von den Kreditstundungen, Darlehensstundungen, Direktzuwendungen, Erhöhung von Beiträgen, Maßnahmen im Bereich Kultur und für die Vereine usw. Diese Homepage wird auch laufend weiter gefüllt.

Dort finden Sie Informationen, wie Sie zu den Leistungen kommen, was Sie in einer spezifischen Situation tun müssen - als Familie, Mutter, Vater, Unternehmerin oder Unternehmer. Wie steht es um uns als Vereinsobfrau oder -mann in spezifischen Situationen? All das finden Sie auf dieser Homepage. Das zur politischen Tätigkeit im Landtag und der Landesregierung.

In Bezug auf die Entwicklung der Daten, die uns der Gesundheitsbetrieb übermittelt hat von meiner Seite nur so viel: Es ist wiederum eine beachtliche Zahl von Tests ausgewertet worden in den letzten 24 Stunden. Es waren 1.046 Abstriche, die ausgewertet wurden. Dabei sind 44 Personen neu positiv getestet worden. Das entspricht dem Trend der letzten Tage. Dieser Trend hat sich bestätigt. Der Prozentsatz der positiv getesteten Personen nimmt ständig ab. Zwar langsam, aber er nimmt immer weiter ab.

Egal wo wir spezifisch testen und wie sich die Testgruppe zusammensetzt, am Ende des Tages sind immer weniger Positive dabei als am Vortag. Das ist eine positive Entwicklung. Wir haben die Entwicklung bei den Intensivbetten immer im Auge, das sind noch 34 Personen einschließlich der im Ausland betreuten. Wir waren hier schon bei 65, jetzt noch 34. Insgesamt hat sich diese Entwicklung bestätigt.

Das lässt uns natürlich auch sagen, dass die Hoffnung, die wir in den letzten Wochen öfter geäußert haben, jetzt auch in den Zahlen eine Bestätigung gefunden hat. Heute Mittag hatte ich eine Konferenz mit dem Regierungskommissariat und mit den Landeskommandanten, also den jeweils obersten Zuständigen der verschiedenen Polizeibehörden: Carabinieri, Staatspolizei genauso wie Finanzpolizei, und auch die Vertreter der Stadt Bozen für die Gemeindepolizei.

Mir ging es insbesondere darum, auch Klärungen vorzunehmen gemeinsam mit dem Regierungskommissar, mit dem ich mich dazu auch schon unterhalten hatte. Es ging um das Verhältnis von Landesverordnung und staatlicher Verordnung. Das ist einhellig festgestellt worden, und es kann nie oft genug betont werden, dass in Südtirol die Verordnung des Landes und vor allem des Landeshauptmannes maßgeblich ist.

Es ist vor allem diese anzuschauen, nur eventuell subsidiär. Wenn dort etwas nicht geregelt ist, dann sind andere Bestimmungen heranzuziehen. Es gilt die Verordnung des Landeshauptmannes zu beachten und es gilt auch für die Ordnungskräfte, diese umzusetzen und für die Umsetzung derselben zu sorgen und gegebenenfalls bei Übertretung dieser Verordnung Strafen zu verhängen.

Das war die Gelegenheit klarzustellen, denn es haben einige Ordnungshüter Zweifel aufkommen lassen wollen, dass es allein diesen Bezug gibt, und auch nicht im Ermessen einzelner Ordnungskräfte liegt, hier möglicherweise andere Bestimmungen heranzuziehen oder zu zweifeln, ob das rechtmäßig ist oder nicht. Das kann gegebenenfalls ein Verfassungsrichter tun oder andere Ebenen, aber sicher nicht die Behörden, die mit der Umsetzung beauftragt sind. Deshalb ist hier doch Klarheit geschaffen worden.

Auch in Bezug auf die Auslegung einzelner Bestimmungen. Es ist klar, wenn man zu Fuß unterwegs ist, kann man auch eine Gemeindegrenze überschreiten. Es ist nachvollziehbar für Sie, geschätzte Bürgerinnen und Bürger, dass es keinen Unterschied macht, ob ich über eine imaginäre Linie im Gelände trete, die die Gemeindegrenze darstellt. Das hat mit einer Infektionsgefahr nichts zu tun. Es ist wie immer, wenn man sich bewegt außerhalb der eigenen Wohnung: Es gilt zu vermeiden, dass man in die Nähe anderer Menschen kommt.

Das ist das Wichtige. Wenn man in die Nähe anderer Menschen kommt, muss man Mund und Nase mit einer Barriere entsprechend bedecken – Maske, Stofftuch, etc. Das ist das Thema und nicht irgendwelche Grenzen. Das ist in der Verordnung auch klar so herauszulesen. Hingegen wenn man sich mit dem Fahrzeug fortbewegt in eine andere Gemeinde, dann müssen das andere, ausdrücklich vorgesehene Gründe sein.

Entweder weil man zur Arbeit muss oder in ein geöffnetes Geschäft muss, das es in der eigenen Gemeinde nicht gibt, oder aus medizinischen Gründen. So viel zum Treffen mit den Ordnungskräften. Abschließend noch von meiner Seite, bevor wir auf die Beantwortung von Fragen gehen: Es wird häufig darüber diskutiert wie es weitergeht. Alles was hier gesagt wird, wissen wir ja schon. Aber man möchte gerne wissen, wie es weitergeht.

Diese Debatte gibt es in ganz Europa, sogar weltweit, überall dort, wo es einschränkende Maßnahmen zum Gesundheitsschutz gegeben hat. Wie lange bleiben diese Maßnahmen aufrecht, wie werden diese gelockert? Es wird weitere Verordnungen geben. Auch wurde kritisiert, dass es so viele Verordnungen gibt. Das wird nicht anders gehen. Wenn wir die Maßnahmen schrittweise wieder lockern wollen, muss das mittels Verordnung geschehen. Wir erarbeiten entsprechende Szenarien. Es ist in den Medien heute wieder ein Papier zirkuliert, das schon einige Wochen alt ist. Das war irgendein Arbeitsentwurf. Das ist kein aktuelles Dokument.

Aber ja, es stimmt. Ich habe gegenüber Rom die Position vertreten, zusammen mit anderen Kollegen, Präsidenten anderer Regionen, dass die Regionen die Vorschläge erarbeiten sollen. Wir wissen am besten, wie es schrittweise erfolgen kann. Auf regionaler Ebene sind die begleitenden Schutzmaßnahmen zu erarbeiten. Wir haben solche Papiere entwickelt und ein entsprechendes Schreiben an die Regierung verfasst.

Ich werde die nächsten Treffen über Videokonferenzen mit der Regierung dazu verwenden, auch unsere Vorschläge einzubringen und diese in aller Form zu übermitteln. Und klarerweise braucht es für jede Tätigkeit und Aktivität, die man neu zulässt, begleitende Schutzmaßnahmen, insbesondere was das individuelle Verhalten anbelangt. Das ist die Hauptbotschaft. Wir werden uns daran gewöhnen müssen, an das Thema Mundschutz, Handhygiene, Abstandsregeln usw.

Das gilt für Restaurants genauso wie für die Baustellen. Wir entwickeln derzeit Szenarien, damit wir die Arbeitstätigkeit in den nächsten Wochen Schritt für Schritt zulassen können. Aber gleichzeitig erarbeiten wir die Informationen anhand von Leitfaden und Richtlinien mit Verweis auf die Abkommen auf staatlicher Ebene, zwischen Gewerkschaften und

Arbeitgeberverbänden in Bezug auf den Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und der Gesundheit allgemein.

(Hr. Steinegger) Es hat mehrere Fragen gegeben, genau zu diesem Zeitplan. Dieser wurde heute in den Medien schon öfters thematisiert. Der Großteil dieser Fragen ist in der Zwischenzeit schon beantwortet. Vielleicht eine Frage: Wer hat ihn ausgearbeitet? Darauf könnten Sie eingehen. Ist das die Landesregierung, ist das die Landesverwaltung? Werden die Sozialpartner mit einbezogen usw.?

(LH Kompatscher) Es ist mehrmals eine öffentliche Debatte darüber entstanden, wie die Landesregierung hier arbeitet. Sind es die Landesräte, die hier alleine entscheiden und die Vorschriften vom Bürostuhl aus erlassen? Dem ist nicht so. So wie es die Taskforce mit mehreren Untergruppen für den Bereich Gesundheit gibt, einmal unter der Leitung von Primar Marc Kaufmann, die alles koordiniert, gibt noch eine für die Seniorenheime, eine eigene Taskforce, die die ganzen Tests abhandelt usw.

So gibt es ähnliche Arbeitsgruppen parallel dazu, die sich mit dem Bereich der Unterstützungsmaßnahmen generell, auch für Familien und Soziales usw., und der Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Aktivitäten befasst. Wir haben entsprechende Arbeitsgruppen besetzt. Es sind immer Sonderbeauftragte dabei, Spitzenfunktionäre der Landesverwaltung, die das koordinierend machen.

Wir haben auch immer Externe hinzugezogen. Einmal Experten – Wissenschaftler, die spezifische Voraussetzungen und besondere Kenntnisse mitbringen. Aber auch die Interessenvertretungen. Was diese Wiederaufnahme angeht, haben wir Wirtschaftswissenschaftler, Betriebswirtschaftler, Volkswirtschaftler, Bankfachleute hinzugezogen. Aber wir sind ständig im Austausch mit den Arbeitgeberverbänden, sprich: mit dem Handwerkerverband, mit dem HGV, dem HDS und natürlich auch mit allen anderen Verbänden, z.B. Bauernbund usw.

Alle Vertreter und Dienstleister werden hier mit einbezogen, aber selbstverständlich auch die Gewerkschaften. Wir erarbeiten Thesenpapiere und Dokumente, die wir zur Kenntnis bringen und Empfehlungen und Ratschläge einholen. Im Detail müssen wir diese Papiere mit den jeweiligen betroffenen Berufsgruppen diskutieren. Ist es möglich als Friseur zum Beispiel mit gewissen Arbeitsvorschriften zu arbeiten? Funktioniert das? Wie ist ein Flächenverhältnis in einem Restaurant oder Geschäft denkbar?

Wie viele Menschen können wir bei wie vielen Quadratmeter einlassen? Wo können wir die Grenze setzen? Dass das Ganze so funktioniert, dass die Gesundheit geschützt ist, aber auch praktikabel bleibt. Sonst sagen die Leute am Ende, dass sie mit diesen Bedingungen den Betrieb nicht öffnen können.

Wir müssen hier die richtige Balance finden. An diesen Papieren wird gearbeitet damit wir sie praxisnah gestalten können, unter Einbezug der Betroffenen selbst und gleichzeitig mit einem positiven Gutachten der Verantwortlichen für die Gesundheit.

(Hr. Steinegger) Man spürt den Wunsch nach Öffnung und Neustart auch an den vielen Daten, die man immer wieder hört. Zeitpunkte, an denen was auch immer starten soll. Es kursieren hier die verschiedensten Daten: 20. April Baustellen, 04. Mai Handelsgeschäfte, 18. Mai Restaurants usw. Es gibt ganz viele Daten, man sagt, es gibt keinen Plan. Ein Journalist fragt konkret danach. Zaia hat heute angekündigt, dass Venetien am 4. Mai oder sogar früher wieder aufsperrn möchte. Darum hakt er hier nach und fragt, wann die Phase II in Südtirol starten wird.

(LH Kompatscher) Ich ersuche wirklich, dass solche Medienmeldungen immer mit einer gewissen Vorsicht zu genießen sind. Ich bin im ständigen Austausch auch mit den Kollegen. Gerade Kollege Luca Zaia ist einer der Kollegen, der mit mir die These vertritt, dass wir es sind - wir, die Regionen - die dem Staat spezifisch für die jeweilige Region die Lösungen vorschlagen sollten. Das wird der Vorschlag sein, den die Region Venetien einbringt. Wir haben auf Ebene der Regionen durch unsere Verordnungen gewisse Spielräume genutzt.

In Südtirol haben wir in dieser Woche wesentlich mehr Aktivität als in der vergangenen Woche. Ich denke, Sie alle haben das heute am bescheidenen Berufsverkehr, der wieder entstanden ist, gemerkt. Es sind wieder mehr Autos und Menschen unterwegs. Es wird wieder mehr gearbeitet, weil wieder mehr Tätigkeiten zugelassen sind. Ähnlich ist es in der Region Venetien. Wir sind da im ständigen Austausch. Wir haben die Strategiepläne inzwischen entwickelt. Wir sind noch am Verfeinern und Abstimmen.

Wir müssen noch gewisse Dinge in Bezug auf Sicherheitsauflagen prüfen und durchchecken. Wir werden die Vorschläge dann machen. Auf staatlicher Ebene wird genauso gearbeitet. Wir versuchen, hier die entsprechenden Kanäle und Kontakte zu nutzen, um direkt Einfluss auf die staatlichen Rahmenrichtlinien zu haben, damit die möglichst günstig für die Tätigkeit in Südtirol sind.

Das Wichtige ist: Die Gesundheit steht immer Vordergrund. Wir wollen das nicht aufgeben, was bisher an Etappenzielen erreicht wurde.

Wir haben jetzt eine Ansteckungskurve, die nach unten geht, und ein Ansteckungsverhältnis, das wir erreichen wollten, nämlich unter eins. Wir sind in diese Nähe gerückt und wollen das nicht aufs Spiel setzen. Wir werden zeitgerecht gemeinsam mit allen Interessengruppen, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden, darüber informieren, wie die nächsten Schritte lauten.

Wir müssen uns hier aber nicht nur auf Landesebene abstimmen, sondern auch mit Rom. Das heißt nicht, dass wir die Pläne nicht haben, aber diese bekanntzugeben, bevor die Abstimmung erfolgt ist, wäre fahrlässig. Wir müssen die Dinge dann auch umsetzbar gestalten.

(Hr. Steinegger) Wir sind relativ gut im Zeitplan, wir haben noch 10 Minuten. Mir liegen noch 4 - 5 Fragen vor. Wir sollten damit zurechtkommen. Eine Frage ist: In den Betrieben, die jetzt arbeiten dürfen, wird dort kontrolliert, ob die Sicherheitsbestimmungen eingehalten werden und wenn ja, wer ist für diese Kontrollen zuständig?

(LH Kompatscher) Ja, es wird kontrolliert, das ist klar. Es macht keinen Sinn, Auflagen zu machen und diese dann nicht zu kontrollieren. Es geht ja auch um Verantwortung. Wir haben von Anfang an in Südtirol auf das Prinzip Vertrauen gesetzt. Wir sind eine reife Gesellschaft. Ich kann das nicht oft genug betonen.

Auch in der Aussprache heute mit den Vertretern der Ordnungskräfte, dass mir wichtig ist, dass die Ordnungskräfte zunächst als beratende Funktion agieren, dann als hinweisende und ermahnende und dann auch als strafende, wenn wirklich Übertretungen da sind, die nicht nur formeller sondern substantieller Natur sind.

Dementsprechend wird das auch in den Betrieben zu gestalten sein. Im Prinzip müssen alle Ordnungskräfte für die Einhaltung einer solchen Notverordnung sorgen und die Kontrolle und die Ahndung von Übertretungen gewährleisten. Im Spezifischen bei wirtschaftlichen Tätigkeiten wird das die Finanzpolizei sein. Das können aber genauso andere Ordnungskräfte wie die Gemeindepolizei, die Carabinieri oder auch die Staatspolizei machen.

Es geht um die Einhaltung der Sicherheitsprotokolle. Es geht nicht darum, andere Dinge noch zusätzlich ins Feld zu führen. Es gibt ein maßgebliches Protokoll auf staatlicher Ebene, das unter den Unternehmerverbänden und den Gewerkschaften unterzeichnet wurde für all jene Tätigkeiten, die in den Anwendungsbereich dieses Protokolls fallen. Das gilt als Richtschnur.

Zusätzlich werden jene Auflagen gelten, die wir auf lokaler Ebene für die weiteren Erleichterungen noch machen werden.

Wenn wir zusätzliche Dinge zulassen, wird es für diese spezifischen Dinge auch noch eine Reihe von entsprechenden Sicherheitsauflagen geben.

(Hr. Steinegger) Ein Journalist fragt zu einer Meldung unserer Landespresseagentur von heute, die Sie schon angesprochen haben: nämlich, dass die Verordnung des Landeshauptmannes maßgeblich ist. Er bittet um eine Präzisierung. Es hat immer geheißen, dass Bürgermeister strengere Regeln erlassen dürfen. Ist das weiterhin gültig? Zum Beispiel die 400-Meter-Regel in Bozen.

(LH Kompatscher) Ja, das ist so und es ist auch kein Widerspruch. Denn es ist genau die Verordnung des Landeshauptmannes, die das explizit vorsieht. In der Verordnung, die ich unterzeichnet habe, steht drinnen, dass die Bürgermeister ausschließlich in Bezug auf die Bewegung im Freien - die sogenannte „attività motoria“ - strengere Regeln erlassen dürfen.

Das war ein Wunsch, der von Seiten des Gemeindeverbandes bzw. einzelner Bürgermeister vorgebracht wurde, dass es hier diesen Spielraum geben soll für die Bürgermeister. Diesem Wunsch haben wir Rechnung getragen. Und somit entspricht das eben genau der Landesverordnung, dass Bürgermeister diesen Aspekt detailliert regeln können. Das haben insbesondere die Bürgermeister der Gemeinden Bozen und Leifers gemacht.

(Hr. Steinegger) Ein Journalist hat es schon öfter versucht und ist mit seiner relativen Detailfrage noch nicht durchgedrungen. Heute hakt er nach. Ich komme dem gerne nach. Er fragt, ob man endlich die Zahlen der Geheilten pro Gemeinde mitteilen kann. Wir teilen einige Daten pro Gemeinde mit, aber die der Geheilten eben nicht. Der Wunsch ist, dies zu machen.

(LH Kompatscher) Ich kann diese Frage dafür verwenden, auch auf die Pressekonferenz von morgen zu verweisen. Morgen wird an meiner Seite Landesrat Thomas Widmann sein und auch die zuständige Primaria für die Durchführung der Tests und somit im Besonderen für die Führung all dieser Statistiken: die Leitung des Departments für Prävention, Dagmar Regele. Morgen gibt es die Gelegenheit für sie, die Entwicklung der letzten Wochen zu interpretieren.

Das überlassen wir den Fachleuten: aufzuzeigen, was diese Zahlenreihen bedeuten in Bezug auf die Verbreitung des Virus in Südtirol, inwieweit diese Entwicklung positiv oder negativ war, worauf wir besonders achten müssen. Es wird auch die Gelegenheit sein, einige zusätzliche Informationen zu geben. In Bezug auf die gestellte Frage: Gerne geben wir Informationen, die

hilfreich sind für das Verständnis der Bürger, auch Informationen darüber, wie die Situation jeweils ist.

Was wir nicht tun sollten, ist, nur spezifische Neugierde zu stillen auf einzelne Personen hin, namentlich etc. Aber ich glaube nicht, dass das gemeint ist. Gerne geben wir auch die Möglichkeit, dass wir die Zahlen für die geheilten Personen noch detaillierter darstellen. Das ist für mich jetzt auch die die Gelegenheit, in Bezug auf die geheilten Personen noch einmal Bezug zu nehmen. Hier gibt es ganz einfach international unterschiedliche Standards.

Wir haben in Italien insgesamt und in Südtirol deshalb genauso, weil es eine einheitliche Regelung ist - im Verhältnis zu den positiv Getesteten viel weniger Geheilte. Hier fragen sich die Menschen sicher oft, ob die Menschen bei uns nicht gesund werden, sondern nur in Österreich und in Deutschland. Nein, hier wird das völlig anders bewertet. Bis jemand in Südtirol als geheilt erklärt wird, vergehen nach Abklingen der Symptome und nach dem letzten Fiebertag einige Wochen.

Das ist nicht so, weil die Südtiroler oder der Gesundheitsbetrieb so langsam sind, sondern weil die staatlichen Vorschriften hier sehr streng sind, bis man jemanden tatsächlich für geheilt erklären kann. Es vergeht fast noch einmal im Monat. Darum haben wir aufgrund dessen sehr wenig Geheilte. Es müssen zwei Tests, eventuell sogar noch - je nach Entwicklung - ein dritter in großen Zeitabständen durchgeführt werden. Darum dauert es so lange, bis bei uns jemand als geheilt erklärt wird.

In anderen Ländern ist dieses Protokoll anders; ich will nicht sagen, ob das besser oder schlechter ist. Auf jeden Fall ist das Protokoll weniger streng, was die zeitliche Abfolge angeht. Deshalb werden viel mehr Menschen viel früher als geheilt erklärt.

(Hr. Steinegger) Zwei Journalistenfragen haben wir noch, danach schauen wir, ob wir noch Zeit für eine private Frage haben. Beide Journalistenfragen gehen in die internationale Richtung: Immer wieder spürt man den Wunsch, über die Grenze zu fahren. Ein Journalist fragt, ob Südtirol unisono mit der Euregio und Österreich Druck auf Rom ausüben könnten, vor allem auf diplomatischem Wege, damit bald die Brennerachse für den Privatverkehr geöffnet werden kann.

Eine zweite Frage, die vielleicht indirekt damit zusammenhängt oder auch internationaler Natur ist: Ist etwas über ein Sommerurlaubsverbot für andere Länder bekannt?

(LH Kompatscher) Zur ersten Frage: Als Euregio können wir das natürlich vorbringen und das tun wir auch. Es gibt ein gemeinsames Interesse in der Europaregion dafür, dass die Grenze am

Brenner möglichst nicht spürbar ist. Wir haben derzeit übrigens auch eine virtuelle Grenze in Salurn. Das liegt zwischen den beiden Ländern. Hier gilt ein ähnliches Ausreise- bzw. Übertrittsverbot wie es generell derzeit in Italien gilt.

Man muss triftige Gründe haben, um von einer Gemeinde in die andere oder auch von einer Provinz in die andere zu fahren. Dass diese Dinge dann wieder fließend werden, hängt insgesamt mit der internationalen Entwicklung zusammen, und zwar in dem Moment, wo die europäischen Staaten feststellen werden, dass die von den Staaten geregelten und durchgesetzten Sicherheitsstandards und die Disziplin zum einen einheitlich sind, sich unter den Staaten immer mehr annähern, es überall Schutz gibt, das Ansteckungsniveau eine gewisse Größe nicht überreicht und entsprechend Resultate auch vorhanden sind und sich immer mehr angleichen.

Dann wird es auch eine Selbstverständlichkeit sein, dass Grenzkontrollen keinen Sinn mehr machen und sich das Risiko für die Staaten nicht erhöhen wird. Je mehr die Staaten insgesamt gemeinsame Erfolge erzielen und im Gleichschritt immer mehr agieren, umso schneller werden wir eine Situation haben, wo wir die Grenzen nicht mehr spüren. Insbesondere als Europaregion werden wir uns dafür einsetzen. Aber es liegt vor allem an der internationalen Entwicklung.

Es gibt derzeit Reisewarnungen für verschiedene Länder. Die haben alle europäischen Staaten, sie wurden aber auch international ausgesprochen. Das sind dann Länder, in die man nicht reisen darf oder soll - je nach Niveau der Reisewarnung, bzw. darf man aus diesen Ländern nicht einreisen oder nur unter bestimmten Auflagen. Das ist die klassische Quarantäne für die Heimkehrer, also zurückkehrende Staatsbürger. Diese Menschen müssen dann in der Regel für 14 Tage in Quarantäne gehen.

Diese Reisewarnungen werden wahrscheinlich genauso Schritt für Schritt zurückgenommen werden, wenn sich die Niveaus des Gesundheitsschutzes und der Sicherheitsstandards zwischen den Staaten angleichen. Dann würden solche Reisewarnungen oder Beschränkungen auch keinen Sinn mehr ergeben. Ich hoffe genauso wie Sie, dass wir rasch auf diese Ebene kommen, wo wir feststellen können, dass wir den Kampf gegen das Virus gewonnen haben. Aber wir sind mit gemeinsamen guten Ergebnissen und einer gemeinsamen guten Strategie unterwegs. Und dann braucht es keine Grenzen mehr.

(Hr. Steinegger) Wunderbar. Ich bedanke mich für die Auskünfte, ich bedanke mich bei den Zuhörerinnen und Zuhörern in deutscher Sprache. Ich übergebe jetzt an den Kollegen in

italienischer Sprache, damit wir in einer Minute mit der italienischen Pressekonferenz fortsetzen können.